

Änderungsantrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996

– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2621, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –

hier: Einzelplan 25

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 25 04 – Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn – werden die Sollansätze für Hochbaumaßnahmen in Berlin, für Gutachten, Wettbewerbe und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen sowie für Maßnahmen der Wohnungsfürsorge um 20 Prozent gegenüber dem Entwurf des Einzelplanes 25 (entspricht 162 380 TDM) gesenkt. Die Mittel sind durch konkrete Aufgabenstellungen, Nutzung der vorhandenen Bausubstanz, Bescheidenheit und kostensparendes Bauen zu erwirtschaften. Gleichermäßen wird der Ansatz für Ausgleichsmaßnahmen für Bonn um 20 Prozent gegenüber dem Entwurf des Einzelplanes 25 (entspricht 24 000 TDM) gesenkt.

Soll 1996 (alt): 931 900 TDM,

Soll 1996 (neu): 745 520 TDM.

Bonn, den 7. November 1995

Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die zügige Umsetzung des Beschlusses zur Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin muß angesichts knapper Kassen von Bescheidenheit, sparsamem Einsatz von Mitteln, konkreten Aufgabenstellungen für Wettbewerbe statt nichtverwendbarer Phantasiewettbewerbe usw. geprägt sein. Die Nutzung vorhandener Bausubstanz in Berlin muß in noch stärkerem Maße erwogen werden.

Die Mittel für die Wohnungsfürsorge des Bundes in Berlin sollen gegenüber 1995 um 66,7 Prozent von 24 Mio. DM auf 40 Mio. DM

steigen. In den nächsten Jahren sollen in Berlin insgesamt 5 001 Eigenheime und Mietwohnungen mit 790 Mio. DM gefördert werden. Das entspricht einer durchschnittlichen Fördersumme von 158 TDM je Wohnung, deutlich mehr, als für andere Bürgerinnen und Bürger Fördermittel zur Beseitigung von Wohnungsproblemen zur Verfügung stehen. Eine Erklärung, warum über das übliche Maß von Förderinstrumenten hinaus Mittel bereitgestellt werden müssen, steht aus. Angesichts der Notwendigkeit, Förderungen noch treffsicherer zu gestalten, ist eine pauschale Reduzierung der geplanten Mittel um 20 Prozent gerechtfertigt.